

Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union für Emmy Diemer-Nicolaus

Die Humanistische Union verleiht den Fritz-Bauer-Preis 1972 an Frau Dr. Emmy Diemer-Nicolaus. Mit dieser Auszeichnung, die in den vergangenen Jahren Dr. Helga Einsele, Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann und Birgitta Wolf erhalten haben, zollt die Humanistische Union ihren Dank und ihren Respekt für die Intelligenz und die Ausdauer, mit denen sich Emmy Diemer-Nicolaus für eine entschiedene Reform des Ehescheidungsrechts, des Paragraphen 218, des Strafrechts im allgemeinen und des Strafvollzugs einsetzt. Sie erinnert auch an den Mut, mit dem Emmy Diemer-Nicolaus als juristische Sprecherin der kleinen FDP-Oppositionsfraktion im Bundestag in der Zeit der Großen Koalition gegen die Notstandsgesetze gekämpft hat.

Frau Diemer-Nicolaus ist Mitglied der FDP. Sie war von 1946 bis 1950 Gemeinderätin in Stuttgart, von 1949 bis 1957 Mitglied des Landtags Württemberg-Baden, danach der verfassunggebenden Landesversammlung und später des Landtages von Baden-Württemberg. Mitglied des Deutschen Bundestages ist sie seit 1957. Frau Diemer-Nicolaus hat in der Großen Strafrechts- und in der Ehrengeschichte mitgearbeitet.

Im Herbst 1971 war sie Kandidatin der Koalitionsparteien SPD und FDP für einen der neu zu wählenden Bundesverfassungsrichterposten gewesen. Doch entschieden sich, wie bekannt, die CDU-geführten Länder dafür, ihr nicht die für eine Zweidrittelmehrheit notwendigen Stimmen zu geben. Von den SPD-Ländern wurde dies mit der Ablehnung des CDU-Kandidaten Paul Feuchte beantwortet, worauf Frau Diemer-Nicolaus Mitte November 1971 erklärte, sie halte ihre Kandidatur nicht mehr aufrecht.

CSU-Rundfunkgesetz muß fallen

Der Bundesvorstand hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, dem „Landesbürgerkomitee Rundfunkfreiheit“ in Bayern seine Mitarbeit anzubieten. Wie aus der Presse bekannt, organisiert das Landesbürgerkomitee die Volksbefragung gegen das von der CSU durchgepeitschte neue Rundfunkgesetz. Der Bundesvorstand ruft hiermit alle Mitglieder in Bayern auf, bei den örtlichen Komitees mitzuarbeiten. Die Geschäftsstelle teilt interessierten Mitgliedern die jeweiligen Adressen auf Anfrage mit.

Aktion plus 10 Prozent

Das zentrale Existenzproblem der Humanistischen Union ist ihre Mitgliederzahl. Mit dem derzeitigen Beitragsaufkommen ist zwar die Organisation aufrechtzuerhalten, aber für die unmittelbare politische Arbeit bleibt zu wenig übrig. Die Organisationsaufwendungen steigen durch erhöhte Mitgliederzahlen kaum. Der Beitrag jedes neuen Mitglieds käme daher weitgehend der politischen Effektivität der Humanistischen Union zugute.

Der Verbandstag im Februar beschäftigte sich eingehend mit dem Problem systematischer Mitgliederwerbung. Das Vorstandsmitglied, Dr. Robinsohn, stellte in seinem Hauptreferat zu Recht fest:

„Die NPD hat etwa 25 000 zahlende Mitglieder. Gibt es nicht ebensoviel Menschen in Deutschland, um unsere Ziele zu fördern? Was ist daran utopisch?“

Um einen ersten Schritt zur Erhöhung unserer Mitgliederzahl zu tun, ruft daher der Bundesvorstand alle Ortsverbände zu einem Wettbewerb „Aktion plus 10 %“ auf. Angesichts der höchst unterschiedlichen politischen und sozio-strukturellen Gegebenheiten, in denen unsere Ortsverbände arbeiten, erschien es dem Bundesvorstand nicht sinnvoll, für diese Werbeaktion allgemeinverbindliche Argumente oder Zielgruppen anzugeben. Der Bundesvorstand geht davon aus, daß unser Wettbewerb als solcher die einzelnen Ortsverbände dazu anregen wird, je nach den örtlichen Gegebenheiten zu entscheiden, welche Zielgruppen am jeweiligen Ort mit größter Aussicht auf Erfolg angesprochen werden können und mit welchen Argumen-

ten und Betätigungsangeboten dies geschehen sollte.

Ziel dieses Wettbewerbs ist es, die Mitgliederzahl um 10 % (= 350 neue Mitglieder) zu erhöhen. Dabei soll jeder Ortsverband entsprechend seiner Größe eine bestimmte Anzahl neuer Mitglieder, mindestens aber 10 gewinnen. Die drei Ortsverbände, die, gemessen an dem ihnen gestellten Ziel, prozentual am besten abschneiden, erhalten als Preise Sonderzuschüsse für ihre Arbeit.

Als Preise werden ausgeschrieben:

1. Preis: je neu geworbenes Mitglied DM 20,—, mindestens jedoch DM 300,—
2. Preis: je neu geworbenes Mitglied DM 15,—, mindestens jedoch DM 200,—
3. Preis: je neu geworbenes Mitglied DM 10,—, mindestens jedoch DM 100,—.

Alle anderen Ortsverbände erhalten für jedes im Rahmen dieser Aktion neu geworbene Mitglied eine Sonderprämie von DM 5,—. Gezählt werden alle Neubetriebe zwischen dem 1. Mai und dem 15. November 1972. Neu beitretende Familienmitglieder mit ermäßigten Beiträgen zählen nur zur Hälfte. Neu geworbene Mitglieder, die nicht Mitglieder des betreffenden Ortsverbandes werden, können nur gezählt werden, wenn eindeutig nachgewiesen wird, daß sie vom betreffenden Ortsverband geworben wurden.

Vor der Auswertung werden von der Zahl der neu geworbenen Mitglieder, die in der Zeit zwischen dem 1. Mai und dem 15. November 1972 in dem jeweiligen Ortsverband ausgetretene Mitglieder abgezogen.

Fortsetzung Seite 4

Humanistische Union vor Bundestagsausschuß

Bei der „Öffentlichen Anhörung von Sachverständigen und Auskunftspersonen“ zur Frage der Reform des Abtreibungsparagraphen konnte der Bundesvorsitzende der Humanistischen Union, Professor Dr. Walter Fabian, den Standpunkt der Humanistischen Union darlegen.

In einem etwa halbstündigen Referat informierte er den Bundestags-Sonderausschuß für die Strafrechtsreform über den Entwurf zur gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, den die Humanistische Union bereits im August 1970 den Abgeordneten zugeleitet hat, und setzte sich sehr kritisch mit dem Regierungsentwurf (Indikationslösung) auseinander.

Demgegenüber habe die Fristenlösung (Alternativentwurf von Abgeordneten der SPD und FDP) vier Vorzüge: sie entspricht mehr dem Grundgesetz, sie schützt das ungeborene Leben besser, sie verwirklicht den Grundsatz der Rechtsgleichheit besser und sie ist — im Gegensatz zum Indikationsmodell — praktisch durchführbar.

Nach seinem Referat, in dem er das ganze Problem in seinen internationalen und zeitgeschichtlichen Zusammenhang gestellt und auch an die gescheiterten Reformbemühungen in der Weimarer Republik erinnert hatte, beantwortete Dr. Fabian eine Reihe von Fragen, die Abgeordnete der drei Bundestagsfraktionen an ihn richteten.

Justizkongreß fordert Reform des Ausländerrechts und Meinungsfreiheit für Rechtsanwälte

Den im April in München stattgefundenen Kongreß „Justiz und Justizkritik“ besuchten rund 300 Teilnehmer. Sie befaßten sich mit einer Reihe rechtspolitischer Fragen, vom Problem außerrechtlicher Einflüsse in der Rechtsprechung bis zur weithin fehlenden demokratischen Kontrolle der Justiz. Besondere Aufmerksamkeit fand die Benachteiligung von Minderheiten in unserem Rechtssystem. So forderten die Teilnehmer des Kongresses in einer Resolution an Bundestag und Bundesregierung eine radikale Reform des heutigen Ausländerrechts, das als grundgesetz- und rechtsstaatswidrig bezeichnet wurde. Insbesondere lehnten sie jede Verschlechterung der rechtlichen Situation der Ausländer, wie sie gerade vorbereitet wird, ab. Mit ihrer Forderung schlossen sie sich einer Petition an, mit der die Humanistische Union und zahlreiche Persönlichkei-

ten bereits vor zwei Jahren dem Bundes- tag einen Alternativentwurf zum Ausländergesetz vorgelegt haben.

In einer weiteren Resolution wurden die Abschaffung jener Bestimmungen gefordert, die es Rechtsanwaltskammern und sogenannten Ehrengerichten ermöglichen, die Meinungsfreiheit der Rechtsanwälte gegenüber Justizbehörden und Gerichten zu beschränken. Die Kongreßteilnehmer vertraten die Auffassung, daß es wesentlich zur demokratischen Kontrolle der Justiz beitragen würde, wenn Rechtsanwälte sich in Zukunft ungehindert öffentlich kritisch mit der Justiz auseinandersetzen könnten.

Neben der Humanistischen Union waren Veranstalter des Kongresses die Aktionsgemeinschaft deutscher Rechtsanwälte und die Deutsche Journalisten-Union.

Einreiseverbot gegen Ernest Mandel aufheben

In Berlin hat sich ein Komitee zur Aufhebung des Einreiseverbots gegen Ernest Mandel konstituiert. In seinem Aufruf stellt das Komitee fest: „Die Entscheidung des Bundesinnenministers Genscher, dem belgischen Marxisten Ernest Mandel die Einreise in die Bundesrepublik unbefristet zu verweigern, ohne daß ihm eine strafbare Handlung vorzuwerfen wäre, stellt eine gefährliche Einschränkung der Tätigkeit von Wissenschaftlern und politischen Repräsentanten verschiedener kritischer Strömungen innerhalb der EWG dar. Nach zwanzigjähriger Vortrags-, Lehr- und Schriftstellertätigkeit Mandels in seinem Geburtsland kann der Beschluß nur als Einschränkung von selbstverständlichen

und unverzichtbaren Rechten angesehen werden. In Sorge um die Verteidigung dieser Rechte, unter deren Aufhebung Mandel schon einmal zu leiden hatte, fordern wir die sofortige Aufhebung des Einreiseverbots.“

Der Bundesvorstand der Humanistischen Union hat auf seiner letzten Sitzung die Gründung des Komitees begrüßt und erklärt, daß er seine Forderung unterstützt. Der Vorstand empfiehlt allen Mitgliedern der Humanistischen Union, dem Komitee beizutreten. Die Adresse des Komitees lautet: Komitee zur Aufhebung des Einreiseverbots gegen Ernest Mandel c/o SJD – Die Falken, 1 Berlin 21, Alt-Modabitz 74.

Frau Ursula Popp gestorben

Im Mai verstarb unser langjähriges Mitglied, Frau Ursula Popp, in Oberhausen. Frau Popp hat lange Zeit die Geschäfte des Ortsverbandes Duisburg-Mülheim-Oberhausen geführt. In dieser Zeit beruhte die Aktivität dieses Ortsverbandes weitgehend auf ihrem Einsatz. Im besonderen Maße bemühte sie sich um die Probleme der Vorschulerziehung. Die von ihr organisierten Seminare des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zu dieser Problematik sind den Teilnehmern noch sicher in guter Erinnerung.

Einladung zur ordentlichen Konferenz 1972 des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Zeit: Samstag, 10. Juni 1972, 15.00 bis ca. 20.00 Uhr.

Ort: Reinoldi-Gaststätten, 46 Dortmund, Reinoldistr. 7 (nahe Hbf.), Tel. 57 20 60 – Zunftstube.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Schwerpunktthemen 1972 in NRW (Trennung von Kirche und Staat und Strafvollzugsreform) – Zwischenbericht
2. Entwurf und Druck eines neuen Werbeblattes der HU-NRW
3. Neuwahl des Landesvorstandes NRW und eines Schatzmeisters
4. Finanzbericht HU-NRW (Klawitter)
5. Bericht über neue Ortsverbände und Arbeitskreise in NRW (Klawitter)
6. Resolution zum § 184 StGB (Schepper)
7. Arbeitsausschuß „Humanistisches Bildungswerk NRW“ (Cervik)
8. Herausgabe einer Vierteljahresschrift „Strafvollzug in NRW“ (Cervik)
9. Sonstiges

(Vorschläge und Anmeldungen an: Landesverband NRW, Klawitter, 43 Essen 1, Klingemannstraße 16, Tel. 0 21 41 - 27 80 06)

neu:

Antes/Ehrhardt, Hannover (Hrsg.) Lebenslänglich – Protokolle aus der Haft

Reihe Roter Schnitt, Band 17. 232 Seiten.
Kart. DM 10,-

Fünf Lebenslängliche berichten in diesem Band. Sie erzählen von Kindheit und Jugend, Eltern, Schule, Beruf, von der Tat, derentwillen sie verurteilt wurden, von den Richtern, Gutachtern, Anwälten – und schließlich vom Zuchthaus, von der Haft. Was hat die Zelle aus ihnen gemacht?

Rudolf Wassermann Der politische Richter

Serie Piper, Band 9. 121 Seiten. Kart. DM 6,-

Im Mittelpunkt der heftigen Auseinandersetzungen, die über die Stellung der Justiz in der modernen Gesellschaft geführt werden, steht das Verhältnis des Richters zur Politik. Der Verfasser nimmt zu dieser Frage dezidiert Stellung.

Werkkreis 70 für Literatur der Arbeitswelt: Ein Baukran stürzt um

Berichte aus der Arbeitswelt.
Reihe Roter Schnitt, Band 6. 165 Seiten. DM 8,-

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt: Lauter Arbeitgeber

Lohnabhängige sehen ihre Chefs.
Reihe Roter Schnitt, Band 13. 180 Seiten. DM 6,-

Horst Kamrad »Gast«-Arbeiter-Report

Reihe Roter Schnitt, Band 16. 116 Seiten. DM 8,-

Piper

Prospekte stehen zur Verfügung

Der Ortsverband Stuttgart im Baden-Württembergischen Landtagswahlkampf

Von Dr. Charlotte Maack, Mitglied des Bundesvorstandes

In den „Mitteilungen“ vom März 1972 wurde bereits andeutend darüber berichtet, daß der „OV Stuttgart“ im März zur Unterstützung der Landtagswahlen in Baden-Württemberg eine Podiumsdiskussion zum Thema „Frauen entscheiden Wahlen“ veranstaltete. (Diskutanden waren Lieselotte Funcke und Dr. Helga Timm/MdB, Hilde Juncker-Seeliger/DGB, Prof. Dr. Ulrich Klug und Dr. Ulrich Sonnemann/HU.) Im Hinblick auf die gegenwärtige politische Situation in der Bundesrepublik – konkret: auf ihre bis spätestens zum Herbst 1973 aktuelle permanente Wahlkampfsituation – erscheint es angebracht, sich mit den aus dieser Wahlhilfe-Veranstaltung zu ziehenden Erfahrungen eingehender auseinanderzusetzen... bzw. diese anderen Ortsverbänden zur Diskussion zu stellen. Zunächst ist folgendes festzuhalten. Die noch in der stilleren Phase des baden-württembergischen Wahlkampfes veranstaltete Podiumsdiskussion, an der drei aktive Politikerinnen teilnahmen, war in doppeltem Bezug als Versuch konzipiert. a) Um das politische Bewußtsein von Frauen zu schärfen und zu aktivieren; b) um zu testen, welche Formen es einer politischen Organisation wie der „Humanistischen Union“ ermöglichen, an Wahlkämpfen von weitreichender Bedeutung teilzunehmen, ohne damit die eigene, parteineutrale Satzung zu verletzen. Daß eine Podiumsdiskussion – einschließlich der für sie gezielt ausgewählten Diskutanden – eine HU-legitime Form der Wahlteilnahme ist, wird niemand bestreiten. Am Beispiel der hier zur Rede stehenden Veranstaltung leistete sie überparteiliche, gesellschaftskritische Problemanalyse, vermittelte sie Argumente zur Bewußtseinsschärfung und trug damit zur Mobilisierung von potentiell vorhandenem politischen Engagement bei. Verbandsintern ist ihr Erfolg positiv zu bewerten. – Sie wurde gut besucht, von der Presse beachtet, vom Süddeutschen Rundfunk aufgenommen und 2 Tage später ausschnittsweise (Stuttgart/aktuell) und nach 4 Tagen in einem Nachmittagsmagazin fast ganz gesendet. – Trotz dieses nicht zu unterschätzenden positiven Ergebnisses stellte sich für die Veranstalter die Frage: War dieser analytische Mobilisierungsversuch des „OV Stuttgart“ auch gemessen an dem gesetzten Ziel – nämlich das Wahlverhalten der Frauen zu evolvieren – tatsächlich erfolgreich? D.m.: Konnten wir mit unserer Veranstaltung wenigstens einen Teil jener konservativen Frauen erreichen, die zumindest in Süddeutschland seit 1949 die Wahlen wesentlich mitentscheiden? Diese für den Wert der Veranstaltung wesentlichste Frage muß – jedenfalls soweit sie sich auf deren Besucher bezieht, über die Hörerinnen der Rundfunksendung kann man nur Vermutungen anstellen – illusionslos mit Nein beantwortet werden. Der auf 350 Litfaßsäulen mit in die Augen springenden Plakaten werbenden, an die 4000mal verschickten oder verteilten Einladung folgten nahezu ausschließlich Interessierte, denen die von namhaften Experten abgehandelte aktuelle Problematik vertraut war. Wählerinnen und Wähler zudem, die 7 Wochen später kaum für die CDU votiert haben dürften. Diese in der Öffentlichkeitsarbeit der HU nicht neue, geschweige denn nur von unserer Organisation zu machende Erfahrung – daß ihre Veranstaltungen vorwiegend von Gleichgesinnten besucht werden, deren Argumente-Reservoir und Perspektiven durch sie zumeist nur vertieft und bereichert werden können – wurde auch nicht durch die Beteiligung des Frauenausschusses des DGB/Kreis Stuttgart als Mitveranstalter befriedigend durchbrochen. Auch die Gewerkschaftsfunktionärinnen, die jene Arbeitnehmerinnengruppen erreichen, zu denen die HU nach 10jährigem Bestehen noch kaum Zugang hat – abgesehen von den Unterschriftenaktionen gegen den § 218 StGB auf der Straße – vermochten nur bereits

problem-vertraute oder in irgendeiner Weise bereits politisch aktive Frauen zum Kommen zu bewegen. – Jedenfalls ließen die Diskussionsbeiträge aus dem Plenum auf diesen Sachverhalt schließen. –

In Stuttgart wurde aus diesem selbstkritisch gezogenen Resumé der Schluß gefolgert: Man muß zur Politisierung der Frauen, die die Wahlen entscheiden, diese nicht zu sich, d. h. zu einer HU-Veranstaltung einladen, sondern sie selbst aufsuchen. – Beispielsweise auf Hausfrauennachmittagen, in Altersheimen, auf Pop-Partys (wenn es sich um Jungwählermobilisierung handelt) oder in Verbänden, denen man sich für ein aktuelles, Frauen betreffendes, gesamtgesellschaftlich relevantes Thema als Referent anbietet, bzw. von denen man sich anfordern läßt. – Wer an Aktionen gegen den § 218 teilgenommen hat, weiß, daß dieses Thema noch immer außerordentlich zugkräftig und als Ausgangsbasis für emanzipatorische Gesellschaftskritik, einschließlich der Mobilisierung weiblichen Bewußtseins, erfolgversprechend ist. Das konnte auf zahlreichen Diskussionsabenden, auf denen Vertreterinnen der HU als begehrte Referentinnen sprachen (Unterzeichnende über 20mal), immer wieder festgestellt werden. Sowohl bei Parteiorganisationen, bei den „Naturfreunden“, in Frauenverbänden, an der Volkshochschule, bei der Gewerkschaftsjugend als auch in katholischen Jugendverbänden. Mit dem Hinweis auf das Verhalten der einzelnen Parteien im Bonner Parlament zur anstehenden Reform dieses überfälligen Paragraphen konnte dann legitim zur Aussprache über die Wählbarkeit, bzw. Nichtwählbarkeit von Parteien bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg übergegangen werden. Ein HU-Mitglied aus Schorndorf startete zusammen mit anderen engagierten Unterzeichnerinnen eine Zeitungsannonce, die die Frauen aufforderte, nur solche Parteien zu wählen, die sich für die weitgehendste Reform des § 218 einsetzten. – Ähnlich wirksam für die weibliche Bewußtseinsweiterung, die sich in sozial-liberalen Wählerstimmen niederschlagen könnte, war auch das Thema „Die soziale Sicherung der Frau in der Leistungsgesellschaft“. Mit ihm zog ein Frauenteam aus SPD-, Gewerkschafts- und HU-Mitgliedern in jenen Teil Südwürttembergs, wo er am schwärzesten ist, ... in die emanzipatorische Terra inognita kat'exochen: nach Biberach/Saulgau (CDU-Wähler 77%). Hier wurden zwei Ziele verfolgt: die Unterstützung einer populären Ärztin als SPD-Landtagskandidatin und eine Aufklärung der Frauen über ihre gesellschaftliche, genauer soziale Situation. Die Reaktionen auf diesen Einsatz (den die SPD finanzierte) reichten von der beredten, aber diskussion-unfähigen Dankbarkeit der angesprochenen Frauen bis zu polemischen Angriffen massiv auftretender, patriarchalisch-ungebrochener CDU-Männlichkeit. In den Dorfgasthäusern wurden die Referentinnen, die unterentwickeltes weibliches Selbstbewußtsein durch die Konfrontation mit ihrer gesellschaftlichen Situation evolvieren wollten, der radikalsozialistischen, kommunistischen Agitation, ... des Aushöhungsveruches an Familie und abendländischen sittlichen Werten, ... der Wegbereiterschaft zur Jugendkriminalität bezichtigt. – Resumé dieser Art des Einsatzes zur politischen Aktivierung der Frauen im Wahlkampf: Will die HU in brisanten, über das Tagespolitische weit hinausreichenden Machtkampfsituationen nicht elitär intellektuell beiseite stehen, muß sie sich an der Basis einsetzen. Auch im Wahlkampf. Durch Konstituierung von eigenen Wählerinitiativen oder indem sich HU-Mitglieder bereits vorhandenen anschließen.

Der vorbürgerkriegsartige Züge tragende Wahlkampf in Baden-Württemberg war nur ein Vorspiel des vor uns liegenden Bundestagswahlkampfes. Er wurde von Seiten der CDU und ihrer kapitalkräftigen Sympathisanten – insbesondere der Arbeitgeberverbände – (die in den letzten 14 Tagen allein in Stuttgart täglich 3 bis

Fortsetzung Seite 8

Interessierten Mitgliedern teilt die Geschäftsstelle gern die Sollzahlen für die einzelnen Ortsverbände mit.

Für die erfolgreichsten Einzelwerber im Rahmen unserer „Aktion Plus 10 %“ werden als Preise ausgesetzt:

1. und 2. Preis: Je eine Langspielplatte „Lieder deutscher Demokraten“ (Lieder aus der Zeit der Revolution von 1848), gesungen von Peter Rohland.
3. bis 6. Preis: Je ein Taschenbuch „Die Tabus der bundesdeutschen Presse“, handsigniert vom Herausgeber Eckart Spoo.
7. bis 10. Preis: Je ein Taschenbuch „Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung?“, handsigniert vom Herausgeber Heinz Grossmann.

Anzeige

Für unseren neuen, interdisziplinären Arbeitskreis

„Homosexualität und Gesellschaft“

Ausgangshypothese (vgl. Beach, Ford, Hampson, Hoffman, Kinsey, Martin, Money, Pomeroy u. a.): Menschliche Sexualität ursprünglich ungerichtet; hetero- wie homosexuelle Verhaltensfixierung nicht genetisch, sondern soziokulturell determiniert

suchen wir ehrenamtliche Mitarbeiter und Berater.

Gesellschaft zur Förderung Sozialwissenschaftlicher Sexualforschung e. V., 4 Düsseldorf 12, Postfach 407

Wir gründen einen eigenen Kindergarten?

Der Kindergarten Bergdriesch e. V. in Aachen hat jetzt eine Dokumentation mit obigem Titel herausgegeben. Ziel der Dokumentation ist es, neue Elterngruppen zur Gründung eigener Kindergärten anzuregen. Insbesondere soll Starthilfe bezüglich der organisatorischen Probleme eines solchen Unternehmens gegeben werden. Die Eltern des Kindergartens Bergdriesch haben in dieser Dokumentation ihre ganzen Erfahrungen verarbeitet und damit praktisch einen Leitfaden für Organisationsfragen geschaffen, der zwar zunächst für die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen zugeschnitten ist, aber auch interessierten Gruppen in anderen Bundesländern sicherlich Anregungen geben kann.

Die Dokumentation ist zum Preise von DM 2.50 direkt vom Kindergarten Bergdriesch e. V., 51 Aachen, Bergdriesch 20, zu beziehen.

Ausstellung von Gefangenearbeiten in Düsseldorf

Am 28. 4. 1972 um 17 Uhr fand die Eröffnung der Ausstellung „Kunst im Gefängnis“ (zur Misere des Strafvollzugs) im Foyer des Bildungszentrums „Die Brücke“ in Düsseldorf statt. Die Ausstellung wird bis 12. Mai in der „Brücke“ gezeigt und anschließend voraussichtlich für weitere 14 Tage in der Wandelhalle der Volkshochschule in Düsseldorf zu sehen sein. Die Ausstellung mit Bildern und handwerklichen Arbeiten von Strafgefangenen aus Butzbach wurde bereits mit viel Erfolg von der HU unter anderem in Frankfurt, Lübeck, Essen und Dortmund gezeigt.

In Düsseldorf hatte sich der Justizminister Dr. Dr. J. Neuberger nachdrücklich für das Zustandekommen der Ausstellung eingesetzt und bewirkt, daß die Volkshochschule und die „Brücke“ Räume zur Verfügung stellten. Außerdem konnte erreicht werden, daß sich die Volkshochschule auch finanziell an den Kosten beteiligt.

Zur Eröffnung der Ausstellung waren rund 60 Personen erschienen, darunter die Vertreter der vier großen Düsseldorfer Zeitungen und eine Reihe von Mitgliedern der Humanistischen Union, die damit ihr Interesse an der Arbeit des Ortsverbandes zeigten. Nach der Begrüßung durch einen Vertreter des Ortsverbandes sprach zunächst Staatssekretär Professor Dr. Ulrich Klug, Beiratsmitglied der Humanistischen

Union, über den Sinn der Ausstellung, der vor allem darin besteht, Außenstehenden Einsicht in die psychische Grenzsituation des Strafgefangenen zu vermitteln.

Justizminister Dr. Neuberger ging danach in einem längeren Referat auf die Probleme des Strafvollzugs in der Bundesrepublik und speziell in Nordrhein-Westfalen ein. Er wies darauf hin, daß sich die Öffentlichkeit freimachen solle von der Überheblichkeit, zu denken, es gäbe im Gefängnis eine heile Welt, die draußen nicht bestände. Er betonte, daß der Justizminister die Öffentlichkeit braucht, um die Reform des Strafvollzugs durchsetzen zu können. Er ging insbesondere auf die Untersuchungen von Kriminalität und Rückfallursachen ein und wies auf das Nachbarland Holland hin, wo bahnbrechende Erfolge bei der Resozialisierung der Strafgefangenen erzielt worden sind. Solide Ausbildung, Einübung von sozialangepaßtem Verhalten in Gruppenarbeit und Freizeit sowie der Aufbau einer selbstbewußten Persönlichkeit, die nicht zuletzt durch ein Erfolgserlebnis, wie sie das Malen bieten kann, herbeigeführt werden können, sind Voraussetzungen für die erfolgreiche Resozialisierung.

Die Ausstellung soll anschließend in weiteren Städten der Bundesrepublik gezeigt werden.

Mitteilungen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Aktion „Trennung von Kirche und Staat“
Für die von HU und Jungdemokraten in NRW gemeinsam geplante Aktion wurde folgender Themenkatalog aufgestellt:

I. Weltanschauliche Grundlagen: a) Der Absolutheitsanspruch der Kirchen gegenüber der Gesellschaft, b) Antimanzipatorische Tendenzen in Lehre und Praxis der Kirchen, II. Forderungen zur Beseitigung des kirchlichen Einflusses in Staat und Gesellschaft: a) Befreiung der Gesetzgebung und Rechtsprechung von moraltheologischen Zielsetzungen, b) Beseitigung der kirchlichen Einflüsse im Schulwesen, c) Beseitigung der kirchlichen Einflüsse im Sozialwesen, d) Kündigung des Militärseelsorgevertrages, e) Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzuges.

Thesen und Argumente zu den Punkten I, a) und II, a) wurden auf dem ersten Vorbereitungsseminar am 11. 5. 1972 in Dortmund erarbeitet.

Zum Punkt I b) (anti-manzipatorische Tendenzen... Referent Dr. Joachim Kahl) werden die Jungdemokraten ein Sonderseminar durchführen, an dem auch HU-Mitglieder teilnehmen können (4. 6. 72, 10–19 Uhr, Hotel Bender, Burgtor 7, am Hauptbahnhof Dortmund).

Auf dem gemeinsamen Seminar von HU und DJD am 17./18. Juni 1972 (Ort steht

noch nicht fest) sollen in Arbeitskreisen die bereits vorliegenden Thesenpapiere diskutiert, zu den noch offenen Themen Thesen erarbeitet und der Text für ein Flugblatt und eine Aufklärungsbroschüre konzipiert werden.

Dieses Seminar ist das wichtigste Treffen zur Vorbereitung der NRW-Aktion im September 72. Alle an diesem Thema Interessierten sollten hier unbedingt teilnehmen. Informationen und Auskünfte: Dr. E. Rose, 517 Jülich, Gutenbergstr. 22, Tel. 37 20, oder Landesverband NRW / Klawitter.

Am 26./27. August soll in Köln das Abschlußseminar zum Thema „Trennung von Kirche und Staat“ stattfinden. Hier sollen unsere Forderungen und Argumente der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Als Referent hat bereits Rechtsanwalt Erwin Fischer aus Ulm zugesagt.

In den anschließenden Wochen sollen in den Großstädten NRWs Straßenaktionen und Diskussionen veranstaltet werden.

Neue Ortsverbände und Arbeitskreise in NRW

Neu gegründet bzw. reaktiviert wurden die Ortsverbände BOCHUM (Helmut Zimmermann, 463 Bochum-Gerthe, Am Krähenknoten 56). Der Ortsverband will sich zu-

nächst vorwiegend mit Bürgerinitiativen zur kommunalen Bildungs- und Kulturpolitik, mit Emanzipations- und Hochschulproblemen befassen.

Im kommenden Monat sollen die Ortsverbände Bielefeld, Oberhausen/Mülheim und Hagen reaktiviert werden.

Neue Arbeitskreise:

„Randgruppen“ – Essen (tagt jeweils freitags, 20 Uhr, in der Volkshochschule, Leitung: K. Cervik, 43 Essen, Carmerstr. 15)

Strafvollzug – Düsseldorf (Information: Marlies Meckel, 4 Düsseldorf, Rethelstr. 8)

Strafvollzug – Essen (Information: K. Cervik). Seit April führen Mitglieder dieses Arbeitskreises 14täglich Diskussionen in der Justizvollzugsanstalt Essen mit jeweils 10 bis 12 Gefangenen durch.

Marxismus – Düsseldorf (Information: A. Meckel, 4 Düsseldorf, Rethelstr. 8)

Verfassungstreue im öffentlichen Dienst – Bonn (Information: Dr. G. im Spring, 53 Bonn-OK., Langemarckstr. 34, 2 67 73) Der Landesverband unterstützt – soweit möglich (auch finanziell) – ähnliche Gründungen in anderen Orten.

Vom Landesverband wurde für NRW eine Liste von **Referenten und Diskussionsteilnehmern** zu HU-relevanten Themen zusammengestellt und den Ortsverbänden in NRW zugeleitet. Weitere Anfragen an den Landesverband NRW.

Veranstaltungen in Essen

Die Veranstaltungen bis zur Sommerpause stehen unter dem Thema „Randgruppen – Armut und Obdachlosigkeit in Deutschland“.

Zwei Diskussionsveranstaltungen fanden reges Interesse: „Das Obdachlosenpro-

blem in NRW“ (26. 4. 72) und „Die Arbeit in den sogen. Sozialen Brennpunkten Essens“ (24. 5. 72, mit Vertretern der Interessengemeinschaften Essener Obdachlosensiedlungen).

zeit bei dem vergeblichen Versuch, den einen oder anderen der Absender anhand der Mitgliedsunterlagen doch noch zu erraten, trauern wir nach.
Bei dieser Gelegenheit gestatten wir uns noch einen weiteren Hinweis. Einige Mitglieder, die uns beauftragt haben, den Beitrag von ihrem Bankkonto einzuziehen, haben die Freundlichkeit, diesen auch noch einmal von sich aus zu überweisen. Wir haben an sich gegen eine solche Spendenfreudigkeit nichts, wenn nicht die Betreffenden im nachhinein gegen ihre eigene Freigebigkeit protestieren. Bitte, überweisen Sie uns keine Beiträge, wenn Sie uns einen Einziehungsauftrag erteilt haben! Nach den finanzrechtlichen Bestimmungen dürfen wir als gemeinnütziger Verein Beiträge und Spenden nicht zurückzahlen. (Vgl. Satzung der Humanistischen Union, § 20, Abs. 5). Aus diesem Grund müssen wir diese zuviel gezahlten Beiträge für das nächste Jahr gutschreiben.

Abschlußveranstaltung: „Armut in Deutschland“ am 21. 6. 1972, Volkshochschule, Hollestr. 75. Forumsdiskussion mit Rolf Hochhut (Basel), Günter Wallraff (Köln), Jürgen Roth (Frankfurt), Rainer Schepper (Münster) u. a.

Ungeklärte Einnahmen

Bei unserer Buchhaltung schwillt das Konto „Ungeklärte Einnahmen“ an. Leider ist unsere Buchhalterin eben nur Buchhalterin und weder Ägyptologin noch Hellseherin. So sind Überweisungen solcher Mitglieder, die ihren Absender grundsätzlich in Hieroglyphen angeben, für sie leider nicht zu entschlüsseln.

Auch die Spaßmacher unter unseren Mitgliedern, die sich gerade dazu aufrufen, den zu überweisenden Betrag auf die Überweisungsbelege einzutragen und kein Komma mehr, überschätzen ihre telepathischen Fähigkeiten maßlos.

Daß wir das Geld dieser Mitglieder haben und ausgeben können, ist schön. Der Ärger, der jetzt kommt, weniger. Den empörten Protesten auf Mahnungen, die über kurz oder lang bei uns eintreffen werden, sehen wir nur mit wenig Schadenfreude entgegen. (Mahnungen kosten nämlich Geld!) Der sinnlos vertanen Arbeits-

Anzeige

„Wer hat Lust, mit Naturwissenschaftler, 31, 173, von Mitte Juli bis Mitte August zum Wasserskilaufen nach Jugoslawien zu fahren? Boot und Campingwagen vorhanden.“

Bernd Ramm, Bonn-Bad-Godesberg, Beethovenstr. 75, Telefon 64 679.

Kurzberichte - Informationen - Einladungen

Ortsverband Kiel wiedergegründet

Im Beisein der Mitglieder des Landesvorstandes Schleswig-Holstein der Humanistischen Union Henning Schiller und Klaus Waterstradt wurde am 27. April 1972 im Ratskeller Kiel ein neuer Ortsverband gegründet. Damit ist in Kiel wieder aktive örtliche Arbeit möglich. Zum Vorsitzenden wurde Herr Walter Jansen, 23 Kronshagen über Kiel, Steindamm 12, Telefon 0431/58 13 24 gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind Herr Eckart Röver, Herr Wolfgang Deppert und Herr Harald Köhne. Die Ortsverbandsversammlung beschloß, daß sich auch der neue Ortsverband Kiel an der Herausgabe der geplanten neuen Werbeschrift des Landesverbandes Schleswig-Holstein beteiligt.

Praktische Resozialisierungsarbeit

Mit Unterstützung des Präsidenten des Justizvollzugsamtes in Hamm und mit Genehmigung des Leiters der Justizvollzugsanstalt Essen haben Mitglieder der Humanistischen Union damit beginnen können, eines ihrer Ziele – die Arbeit innerhalb der Strafanstalt – zu verwirklichen.

Vorausgegangen waren die etwa einjährige, mehr theoretische Beschäftigung mit dem Thema Strafvollzug und Resozialisierung in einem hierfür gebildeten Arbeitskreis und eine Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Notwendigkeit von Reformen im Strafvollzug zu propagieren; hierzu zählten u. a. diverse Forumsdiskussionen und Vorträge und die Ausstellung „Kunst im Gefängnis?“.

Vor mehr als drei Monaten wurden dann vom Essener Arbeitskreis zwei Anträge gestellt, um in der hiesigen JVA Gruppengespräche zwischen Insassen der Anstalt und mehreren HU-Mitgliedern und thematisch gezielte Gruppenarbeit von einzelnen HU-Mitgliedern in der Anstalt durchzuführen.

Einen dieser Anträge wurde jetzt insofern stattgegeben, als gestattet wurde, 14-täglich im Männerhaus der JVA Gruppengespräche zwischen zwei HU-Mitgliedern und zwölf Gefangenen zu führen. Der Ortsverband hält dies nur für einen Anfang und strebt nach wie vor eine Erweiterung seiner Tätigkeit an.

Grundgedanke dieser Arbeit ist der Versuch, die Gefangenen aus ihrer Isolation zu lösen, Selbstbewußtsein, Bewußtheit, Verantwortung und kritische Selbständigkeit zu fördern.

Die Themen, die auf den bisher genehmigten zwei Abenden pro Monat diskutiert werden sollen, sollen in erster Linie von den teilnehmenden Insassen der Anstalt selbst bestimmt werden. Es ist z. B. an folgende Themen gedacht: Arbeits- und Wohnraumbeschaffung, Umgang mit Geld, Behörden, Gesetzen und Verordnungen, sich dauernd verändernde Lebensbedingungen außerhalb der Anstalt u. ä.

Strafgefangenenarbeit auch in Karlsruhe

„Kampagne zur Resozialisierung“ bei der Humanistischen Union
Mit der Vielfalt der Probleme zur Resozialisierung von Strafgefangenen beschäftigte sich die Humanistische Union Karlsruhe und lud unter dem Vorsitz von Gerhard Pelzel zu einem ersten

Informationsgespräch Vertreter der zuständigen Dienststellen in das Anne-Frank-Jugendheim ein.

Der Wunsch der Einladenden war nicht, einen neuen Verein den vielen — bereits vorhandenen — hinzuzufügen, sondern es sollte ein Versuch gestartet werden, die verstreuten Bemühungen um die Strafgefangenenarbeit in Karlsruhe zu koordinieren. Die Frage stieß zwar auf großes Verständnis, und es kamen auch wertvolle Anregungen aus den Reihen der Diskussionspartner, aber an der Durchführung scheiterte eine Einigung. Auch die Öffentlichkeit müsse nach Meinung der amtlich eingesetzten Betreuer mehr auf diese menschlich schwere Aufgabe aufmerksam gemacht werden, denn aller Einsatz zeige keinen Erfolg, wenn die Gesellschaft um die Straffälligen ein Vakuum bilde und somit eine Eingliederung in einen Arbeitsprozeß oder einer Wohngemeinschaft für diese Menschen unmöglich mache.

Die wenigen freiwilligen Helfer, die sich für diese mühevollen Arbeit zur Verfügung stellen, haben zwar das echte Bedürfnis zu helfen, kapitulieren jedoch meistens vor der Aufgabe, da sie unvorbereitet und ohne jegliche Vorbildung an sie herangehen müssen. Der Ortsverband will sich — trotz augenblicklicher Schwierigkeiten — weiterhin der Aufgabe widmen, den Rückfälltären (etwa 80 Prozent) den Weg zur Resozialisierung zu ebnen.

Beim Ortsverband Karlsruhe ist ein weiterer Arbeitskreis tätig. Dieser Arbeitskreis hat sich zur Aufgabe gestellt, die Hausaufgaben sozial benachteiligter Kinder in einem bestimmten Karlsruher Ortsteil zu betreuen. In diesem Ortsteil wohnen vorwiegend Familien, die im Rahmen der Altstadtsanierung dort eingewiesen wurden.

Für den 30. Juni plant der Ortsverband eine Veranstaltung zu dem Thema „Klassenloses Krankenhaus“. Als Referent ist Dr. Mausbach gewonnen worden.

Bemühungen um Gefängniskinderheim in Nordrhein-Westfalen

Der Arbeitskreis Justiz und Menschenrechte beim Landesverband Nordrhein-Westfalen bemüht sich z. Z. im Kontakt mit dem Justizministerium einen Modellvorschlag für ein „Heim für Mutter und Kind“ im Frauenstrafvollzug. Vorbild für diese Bemühungen ist das Kinderheim Preungesheim in Frankfurt.

Die Aktion 218 veranstaltet am 11. Juni im Gürzenich, Köln, ein Tribunal gegen den Paragraphen 218.

Rechtsstaatliche Grundsätze bei Abschiebehaft beachten

Der Landesverband Berlin der Humanistischen Union hat an Polizeipräsident Hübner ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß bei der Durchführung der Abschiebehaft in Berlin rechtsstaatliche Grundsätze verletzt werden. Gleichzeitig wurde der Polizeipräsident aufgefordert, umgehend für entsprechende Änderungen zu sorgen.

Die Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze sieht der Landesverband vor allem darin, daß in der Abschiebehaft in Berlin Zustände herrschen, die einer körperlichen und seelischen Mißhandlung der festgehaltenen Personen gleichkommen. So werden z. B. die betreffenden Personen teilweise in kahlen Zellen festgehalten und haben keine Möglichkeit, wenigstens für eine Stunde täglich, ins Freie zu kommen. Zum großen Teil sind die Räume völlig überbelegt. Alles in allem sind die Bedingungen für Ausländer in Abschiebehaft in vielem weit schlechter als für Untersuchungsgefangene, obwohl sich doch die Ausländer nicht wegen strafbarer Handlungen in Haft befinden, sondern der alleinige Zweck der Freiheitsentziehung nur sein darf, ihre Abschiebung zu sichern.

In einem anderen Schreiben an den Berliner Justizsenator hat der Landesverband um Überprüfung der Zustände im Untersuchungsgefängnis Moabit gebeten. Anlaß dieser Bitte war ein Schreiben des Vaters des erschossenen Georg von Rauch. In diesem Schreiben greift Prof. von Rauch die Zustände im Untersuchungsge-

fängnis an und stellt fest, daß sie weitgehendst daran schuld waren, daß sein Sohn sich einer erneuten Verhaftung entzogen hat.

Ortsverband Frankfurt wählt neuen Vorsitzenden

Der 30jährige Industriekaufmann Peter Bernhardt wurde am 9. Mai von der Mitgliederversammlung des Frankfurter Ortsverbandes der Humanistischen Union zum neuen Ortsvorsitzenden gewählt. Der bisherige Ortsvorsitzende Klaus Scheunemann, der auf eine erneute Kandidatur für den Vorsitz verzichtet hatte, wurde stellvertretender Vorsitzender. Im Amt des Finanzreferenten wurde Werner Goldbeck bestätigt. Zu Beisitzern im Vorstand wählte die Versammlung die Soziologin Beate von Devivere, den Gewerkschaftsjournalisten Herbert Mayer, den Studenten Hans Dieter Roth und die Hausfrau Marianne Schachtel.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte der bisherige Ortsvorsitzende Scheunemann eine Aufklärungsaktion der Humanistischen Union gegen die rechtskatholische „Neue BILDpost“ angeregt, die er als „klerikale Komponente im publizistischen Rechtskartell“ bezeichnete. Gleichzeitig sprach sich Scheunemann für eine Unterstützung jener Gastarbeitergruppen durch die Humanistische Union aus, die in der Bundesrepublik versuchten, Widerstand gegen die Diktatorsysteme in ihren Heimatländern zu organisieren.

Die Mitgliederversammlung der HU beauftragte den neugewählten Vorstand, in einem von Jungdemokraten und Jungsozialisten ins Leben gerufenen Hilfskomitee für drogenabhängige Jugendliche mitzuarbeiten.

Vorstandswahl in Wiesbaden

Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Wiesbaden am 14. April wurde Herr Ulrich Dymanski als Vorsitzender des Ortsverbandes wiedergewählt. Weitere Mitglieder des Ortsverbandsvorstandes sind: Ingeborg Bühler, Hilde Führer, Achim Möncke, Detlev Pröbldorf und Jürgen Scheschkewitz.

Kreisverband Lauenburg-Stormarn plant ein Wahlforum

Der Kreisverband Lauenburg-Stormarn der Humanistischen Union beschloß, den Mitgliedern zu empfehlen, für den Fall von Neuwahlen des Bundestages und dem dann zu erwartenden harten Wahlkampf den Bürgern im Heimatgebiet durch ein Wahlforum eine Entscheidungshilfe zu geben.

Der Kreisvorsitzende Henning Schiller betonte, daß gerade die HU als überparteiliche Bürgerrechtsorganisation für diese Aufgabe besonders geeignet sei und ihrem Anliegen, bewußt kritisches demokratisches Verhalten zu fördern, gerecht würde.

Vorbild soll vor allem das in den skandinavischen Ländern schon lange übliche Verfahren sein, den Bürgern Gelegenheit zu geben, die Kandidaten aller Parteien auf „neutralem Boden“ zu befragen, um eine begründetere Wahlentscheidung treffen zu können.

Solche Wahlforen wurden von der HU bereits im letzten Bundestagswahlkampf im ganzen Bundesgebiet durchgeführt, so z. B. auch in Bergedorf, wo Abgeordnete der Bundestagsparteien Stellung zu ihrer Einstellung zu gesellschaftlichen Reformen nahmen.

Auf einer Mitarbeiterbesprechung des Kreisverbandes, die monatlich stattfindet, wurde beschlossen, eine neue Arbeitsweise zu erproben. Statt allein durch Vortragsabende eine den Volkshochschulen ähnliche und keinerlei politische Wirksamkeit erbringende Arbeit zu leisten, soll in Zukunft versucht werden, durch Arbeitsgruppen regionale und kommunale Probleme aufzugreifen, im Sinne der HU eine Diskussion in Gang zu bringen und langfristig auf eine Veränderung hinzuwirken. Es wurden Gruppen für Erziehung und Umweltschutz gebildet. Weiter wurde beschlossen, einen offenen Brief an die Landtagsabgeordneten des Kreises zu schicken und sie aufzufordern, sich für die Abschaffung des Religionsunterrichts einzusetzen. Für die Mitgliederwerbung wird z. Z. ein Werbeblatt geschaffen, das den Bekanntheitsgrad des Kreisverbandes erhöhen soll und damit die Pressearbeit erleichtern wird.

Ortsverband Marburg

Der Ortsverband Marburg befaßte sich auf seiner ersten ordentlichen Mitgliederversammlung 1972 Ende April insbesondere mit der Planung der Arbeit für die nächsten Wochen und Monate. Vorbereitet wird ein Jugendseminar über Sexualität, Liebe und Empfängnisverhütung.

Geprüft werden die Möglichkeiten, an der Demokratisierung in den Marburger Schulen mitzuwirken. Weiterhin soll der Problembereich Bundeswehr und Schule, fortgesetzt und die Reform des § 218, die Frage möglicher Kontakte zu ausländischen Arbeitnehmern (insbesondere in Stadt Allendorf) und die Auswirkungen der Ministerpräsidentenbeschlüsse vom 28. Januar 1972 zur Nichtbeschäftigung verfassungsfeindlicher Beamter aufgegriffen werden.

Schulgebetsvergleich abgelehnt

Der schulpolitische Arbeitskreis des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen befaßte sich auf seiner letzten Sitzung mit einem Vergleichsvorschlag des Oberverwaltungsgerichts Münster in dem von der Humanistischen Union geführten Musterprozeß zur Schulgebetsfrage in Nordrhein-Westfalen. Obwohl der Vergleich einige interessante Aspekte enthielt, wurde er aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt.

In der ersten Instanz war die Entscheidung, mit Einschränkungen, zugunsten der Humanistischen Union ausgefallen. Danach mußte die Schulbehörde das Schulgebet in der Klasse verbieten, wenn es auch nur von einem Kind bzw. seinen Eltern gewünscht wird.

Erfolg des Arbeitskreises Mitbestimmung

Der beim Ortsverband München bestehende Arbeitskreis Mitbestimmung, der in richtiger Einschätzung seiner praktischen Möglichkeiten seine Arbeit auf einen konkreten Betrieb, nämlich das Schwabinger Städtische Krankenhaus, konzentriert, hat einen Erfolg errungen. Anfang des Jahres hatte der Arbeitskreis ein Flugblatt herausgegeben, in dem die angebliche Demokratisierung und Einrichtung einer demokratischen Selbstverwaltung, wie sie durch das Münchener Krankenhausreferat verkündet wurde, der Wirklichkeit im Krankenhaus gegenübergestellt wurde. Kurz darauf wurde die für das Flugblatt verantwortlich zeichnende Krankenschwester angeblich wegen unzulänglicher Dienstleistungen entlassen. Vor dem Arbeitsgericht mußte jetzt die Städtische Krankenhausverwaltung die Entlassung wie die Entlassungsgründe zurücknehmen.

Verfassungsfeinde im Staatsdienst

„Radikale im öffentlichen Dienst?“ — diese Frage hatte die Hu-

Diskussion

HU sollte Umweltschutz-Programm formulieren

Bei der Lektüre der „Mitteilungen“ (Nr. 55) der HU stieß ich auf den von Herrn Scheunemann erarbeiteten Entwurf eines Offenen Briefes der HU in Sachen Umweltschutz. Es ist nach meinem Dafürhalten die seit langem beste und positivste Aktion (Anregung) in unserem Verein. Jede andere Reform, jede Liberalisierung und Demokratisierung ist sinnlos, wenn die Voraussetzungen unseres physischen Daseins weiterhin so wenig Beachtung finden wie bisher. Das gilt auch für die HU. Es wäre zu wünschen, daß ein Ausschuß sich eigens dieser Frage annimmt, um zunächst einmal auf der Grundlage dieses Entwurfes die Forderungen der HU zu formulieren. Freilich sind hier im Schoße der HU Vorentscheidungen zur Frage der Liberalität und ihrer Grenzen zu treffen. Ich könnte mir denken, daß diese Entscheidungen in zunehmendem Maße von der HU gefordert werden. Vor ihnen ausweichen heiße „in Pension gehen“. Die HU wird sich zu harten Forderungen aufraffen müssen. —

Eine kleine stilistische Anmerkung: Das Wort „nationales Aufrostungsprogramm“ finde ich nicht glücklich. „Staatlich“ oder

manistische Union Bremen Dr. Henning Scherf gestellt, und mehr Zuhörer, als sonst bei Vortragsveranstaltungen anzutreffen, waren in die Stadtwaage gekommen, um zu hören, was der neue Landesvorsitzende der SPD darauf zu antworten habe.

Scherf bedauerte, daß beim Abwägen des Für und Wider der einschlägigen Beschlüsse der Ministerpräsidenten die „schrecklichen Vereinfacher die Oberhand gewonnen“ hätten. Auf der einen Seite gebe es die „Barzel-Polemik“, die den Eindruck erwecken solle, in der Bundesrepublik stehe „die Machtübernahme der DKP kurz bevor“ — die Linken behaupteten auf der anderen Seite, die SPD wolle „Jagd auf die aufrechtsten Vertreter der Demokratie“ machen. Dieses „gegenseitige Hochschaukeln“ sei „eine fatale Entwicklung“; jetzt gelte es, all diese Vorurteile abzubauen, sagte Scherf.

Er versuchte das mit einer verfassungsrechtlichen Darstellung des Problems. Er wog die Begriffe „freiheitlich demokratische Grundordnung“ und „streitbare Demokratie“ ab und kam zu dem Schluß, es bestehe nach dem Grundgesetz durchaus die Möglichkeit, einzelnen für bestimmte Aktionen Sanktionen aufzuerlegen. Allerdings: Allein das Organisiertsein z. B. in der DKP sei noch kein Verstoß gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung und dürfe also auch nicht verfolgt werden.

Eine Disziplinierung sei in Bremen jedenfalls nicht zu befürchten, erklärte Scherf. Im Gegenteil halte er ein „radikales Parteinehmen während der Ausbildung für ein Indiz für Sensibilität gegenüber gesellschaftlichen Konflikten“ — so etwas solle nicht bekämpft werden: Diese Meinung vertrete auch der Bremer Senat, der sich ausschließlich um Einzelfälle kümmern wolle. Zudem habe er sich zur „Begründungsnotwendigkeit“ bekannt; ordentliche Gerichte müßten also im Streitfall entscheiden.

Scherf schloß seine Ausführungen: Wenn durch ein solches Verfahren objektive Kriterien für die Einstellung in den öffentlichen Dienst entwickelt werden könnten, so sei das schließlich ein Fortschritt; so könnte sich die Diskussion gegenwärtig „von einem Übermaß an Angst und Verdächtigungen“ bestimmen, sogar ins Positive wenden.

Der Ortsverband Bremen bittet uns bezugnehmend auf den Bericht über die Vorstandswahl in den letzten „Mitteilungen“ (Nr. 55, S. 7) um eine Berichtigung. Wir hatten berichtet, daß Rechtsanwalt Jörg H. Boehme zum neuen Vorsitzenden gewählt worden wäre. Der Ortsverband stellt dazu fest, daß es bei ihm keinen Vorsitzenden mehr gibt. Vielmehr wurde der Vorstand kollektiv gewählt, Herr Boehme lediglich zum Sprecher des Vorstandes bestimmt.

„öffentlich“ sind doch wohl die im Deutschen üblichen Ausdrücke für das, was Klaus Scheunemann meint.

Fritz Castagne, 23 Kiel, Goethestraße 27

Keine Monopol-Unternehmen begünstigen!

Der größte Teil der in Klaus Scheunemanns Entwurf eines „Offenen Briefes“ der HU in Sachen Umweltschutz angeführten Punkte verdient nicht nur volle Billigung, sondern betrifft Probleme, die zum frühest möglichen Zeitpunkt gelöst werden müssen. Folgende Einwendungen seien jedoch vorgebracht:

Zu 6, Satz 2: Eine steuerliche Begünstigung zentraler Heiz- und Warmwasserversorgungsunternehmen wird wahrscheinlich nicht dem Verbraucher, sondern dem monopolistischen Unternehmer zukommen. Schon jetzt läßt sich sagen, daß da, wo solche Systeme bestehen, die Kosten für die Kunden durchweg signifikant höher sind als bei Individualversorgung.

Je mehr die Versorgung auf Zentralisierung umgestellt wird, desto größer ist die Gefahr, daß wenige Großunternehmen ganzen Regionen die Preise diktieren, ja sogar sich Mindestabnahmemengen vertraglich garantieren lassen. Hiergegen müßten umfangreiche gesetzliche Sicherungen eingebaut werden. Es bleibt auch noch

die Frage des Standorts der Versorgungsunternehmen und die Frage, wie die Entsorgungs- und Ableitungssysteme beschaffen sein sollen, damit eine Umweltschädigung nicht an bestimmten Stellen umso massierter eintritt.

Zu 12: Die Abwehr schädlicher Folgen des Tabakgenusses gehört nicht zum Umweltschutz. Die an die freie Luft abgegebenen Schadstoffe sind beim Tabakbrand so gering, daß sie gegenüber allen anderen Immissionen nahezu Null sind. Die Schäden, die der Raucher sich selbst zuzieht, gehören zu den freiwillig akzeptierten Folgen der privaten Lebensgestaltung. In den meisten kommunalen Verkehrsmitteln besteht Rauchverbot, in ihren Zügen hat die Bundesbahn den Anteil der Nichtraucherabteile bereits so stark erhöht, daß da kaum noch jemand gezwungen ist, als „passiver“ Raucher Schäden und Belästigungen hinzunehmen. Erfahrungen in anderen Ländern haben gezeigt, daß weder das Verbot der Werbung noch hohe Steuern zu einem geringeren Verbrauch an Tabakwaren geführt haben. Gewarnt sei mit Nachdruck vor der hinter der Anti-Tabakkampagne vielfach stehenden Luftfeindlichkeit. Armin Raith, 65 Mainz, An der Dreispitz 10

Nicht verzetteln

Humanität und Umweltschutz überlagern sich zwar in ihren Forderungen, doch kann die HU ihre Aufgaben nur dann zufriedenstellender als bis jetzt erfüllen, wenn sie sich auf Humanität konzentriert, wozu ich z. B. die Forderung nach Rauchverbot in öffentlichen Anstalten (Post, Bahnhof etc.) zählen würde, nicht jedoch Punkt 12 des Offenen Briefes von Herrn Scheunemann. Wer speziell und vor allem mit wissenschaftlich fundierten Forderungen den Umweltschutz unterstützen möchte, dem seien die vielen Naturschutz- und Lebensschutzorganisationen (DNR, Bund Naturschutz in Bayern, Bund für Lebensschutz in Wiesbaden, Weltbund zum Schutze des Lebens) empfohlen. Punkt 4a ist z. B. aufgrund der Unerfahrenheit der HU im Umweltschutz derart allgemein gehalten, daß sicher keine der anzusprechenden zuständigen Stellen von dieser Forderung überzeugt werden könnte. Ich meine, die HU sollte weiterhin bei Ihren konkreten Forderungen bezügl. § 218, Kindergartenfragen (wozu ich z. B. Punkt 8 des Offenen Briefes auf jeden Fall zähle), Nulltarif und Ausländerproblemen bleiben und sich nicht verzetteln. Es gilt, das Problem herauszusuchen, das mit Humanität am meisten zu tun hat, wobei ich z. B. nicht an einen Baustop der Autobahnen denke, sondern an die gerechte Entschädigung der betroffenen Anlieger.

Wolfgang Degenfelder
8333 Hebertsfelden, Griesgräbl 212

Bürgerrechtsorganisation ...?

In den „Mitteilungen“ (Nr. 55) wurde berichtet, daß sich der Bundesvorstand auf der Grundlage des Materials, das er durch eine Umfrage bei HU-Juristen erhalten hat, mit dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Bundesländer von Ende Januar 1972 befaßt habe. (Mit diesem Beschluß waren „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im Öffentlichen Dienst“ verabschiedet worden, deren einheitliche Anwendung durch Kabinettsbeschlüsse der Landesregierungen und der Bundesregierung sichergestellt wird.) Der Bundesvorstand sei sich darüber einig gewesen, „daß sowohl der entsprechende Beschluß des Hamburgischen Senats vom November 1971, als auch die Erklärung der Ministerpräsidenten der Bundesländer vom Januar 1972 sachlich überflüssig sind.“

Haben die HU-Juristen dem Bundesvorstand nicht erklärt, daß das Verdikt „verfassungswidrig“ gegen Einzelpersonen wie gegen Parteien nur vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ausgesprochen werden darf (Art. 18 und 21 Grundgesetz), daß dieses Verdikt weder gegen die von den Ministerpräsidenten verfolgten Parteien und Parteiuntergliederungen noch gegen die Personen, die mit Berufssperren belegt wurden, vom BVerfG ausgesprochen worden ist? Weiß der Bundesvorstand nicht, daß gegen die „verfas-

sungsfeindlichen Kräfte“ verhängten Sanktionen – wenn überhaupt – nur nach einem Urteil des BVerfG verhängt werden dürfen, aber dennoch ohne Urteil verhängt werden? Erkennt der Bundesvorstand nicht den Trick, die justitiable Verfassungswidrigkeit durch eine nicht justitiable Verfassungsfeindlichkeit zu ersetzen und den darin liegenden Versuch der Exekutive, die höchste Instanz der rechtsprechenden Gewalt auszuhöhlen? Ist dem Bundesvorstand nicht bekannt, daß einen Rechtsstaat u. a. jenes Prinzip auszeichnet, wonach der Bürger gegenüber der staatlichen Gewalt so lange im Rechtsfrieden lebt, bis der staatliche Ankläger dem Bürger einen Rechtsbruch nachgewiesen hat, wonach also der Bürger nicht seine Unschuld beweisen muß? Hat der Bundesvorstand übersehen, daß die „Grundsätze“ der Ministerpräsidenten dieses Rechtsstaatsprinzip verletzen?

Soll ich dem Bundesvorstand empfehlen, seiner in diesem Fragenkreis gefundenen Linie treu zu bleiben? – Die HU nennt dann künftig jede Grundrechtsverletzung und jeden sonstigen Verfassungsverstoß nicht mit Namen, sondern bezeichnet sie lediglich als „überflüssig“, was sie ja in der Tat auch sind. Allerdings wäre dann die HU als Bürgerrechtsorganisation ebenfalls überflüssig!

Dr. iur. Günther im Spring
53 Bonn-Oberkassel, Langemarckstraße 34

Umweltschutzmaterial für die Ortsverbände

Die „Komplexität der Problematik“ darf die HU keineswegs davon abhalten, sich in Theorie und Praxis mit den Forderungen des Umweltschutzes zu befassen. Nach meiner Meinung sollte der Bundesvorstand soviel Material wie nur möglich den Ortsverbänden zur Verfügung stellen. Die Ortsverbände sollten ein Teilgebiet des Materials, das von ihnen hie- und stichfest verarbeitet werden muß, für ihre Arbeit verwenden, z. B. in Referaten, in Diskussionen, in Filmvorführungen usw.

In Herrn Scheunemanns Entwurf eines Offenen Briefes vermisste ich das ganze Gebiet der Ernährung, angefangen bei den Antibiotikaspritzen für Kälber und Schweine, den Düngemitteln, den Spritzmitteln für Obst und Gemüse bis zu den teilweise nicht zu entziffernden Aufdrucken auf den Lebensmittelpackungen.

Sonst finde ich die 12 Forderungen erschöpfend und angemessen. Nur den 2. Satz von Punkt 2 halte ich für unangebracht, weil undurchführbar. Die stärkste Gruppe, die Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch ablehnt, ist die Katholische Kirche. Selbst größter Optimismus kann nicht annehmen, daß irgendeine Regierung dieser Gruppe die direkte oder indirekte staatliche Unterstützung versagt. Lona Grimmig, Ortsverband Heidelberg, Handschuhsheimer Landstraße 39

Fortsetzung von Seite 3

9 halb- und ganzseitige Zeitungsannoncen einrücken ließen) nationalistischer Demagogie, nicht aufzählbaren Verleumdungen, Sozialistenverteufelungen und Kommunistenhysterie und dem „Geschäft mit der Angst“ geführt. – Eine Dokumentation wird in den nächsten Wochen Konkretes darüber berichten. – Die von der Regierung Brandt/Scheel bislang nur in Ansätzen vorangehenden Reformen und Reformvorschläge zur Bildungs-, Rechts- und Sozialpolitik wurden entweder völlig verschwiegen (wo man sich selbst als reformfreudig darstellen wollte) oder als erster Schritt zur Kollektivierung, Kriminalisierung und Enteignung, unter Aufpeitschung primitiver Ängste, angeprangert. Der Einfluß der auf eigene Kandidaten verzichtenden NPD war in der CDU-Wahlpropaganda und auf den CDU-Wahlversammlungen mit NPD-Ordern mit Händen zu greifen.

Der Wahlkampf in Baden-Württemberg, sein Ausgang, dem sich in Bonn dann unmittelbar die Einbringung des Mißtrauensvotums gegen Willy Brandt anschloß, waren politische Schockerlebnisse, aus denen die „Humanistische Union“ Schlüsse für ihre Arbeit ziehen muß.

Nicht nur der „OV Stuttgart“.

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrick verantwortlich,
für den Diskussionsteil Jürgen Scheschkwitz.
Humanistische Union e. V., 8 München 5, Erhardtstraße 30,
Telefon: 266035/36. Redaktionsschluß 24.5.1972

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen 29.7.1972
Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200.